

Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0181/15	Datum 23.04.2015
Dezernat: II	II/01	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	12.05.2015	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	24.06.2015	öffentlich	Beratung
Stadtrat	09.07.2015	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Jahresabschluss 2014 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2014 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2014 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 208.947.645,94 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.014.418,94 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 3.014.418,94 EUR gemäß HGB in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 301.441,89 EUR auf die freie Rücklage und 2.712.977,05 EUR auf die Betriebsmittelrücklage,
 - dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung zu erteilen,
 - den Konzernjahresabschluss 2014 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen,
 - die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 und für die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zu bestellen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.		x		nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
	JA		NEIN			x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
<input type="checkbox"/>	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
<input type="checkbox"/>	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
<input type="checkbox"/>	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
<input type="checkbox"/>	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
<input type="checkbox"/>	Anlage Kostenberechnung
<input type="checkbox"/>	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
<input type="checkbox"/>	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €:

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführend II/01	Sachbearbeiter Frau Brennecke	Unterschrift Herr Koch
-----------------------	----------------------------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Herr Zimmermann
---------------------------------------	---------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	31.08.2015
-----------------------------------	------------

Begründung:

Dem Jahresabschluss der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2014 wurde von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Geschäftsjahr zum 31.12.2014 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe 3.014.418,94 EUR (Vorjahr: 1.696,1 Tsd. EUR) ab.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Prüfung gemäß § 12 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) des Landes Sachsen-Anhalt zur Verwendung der pauschalen Fördermittel, die Prüfung zur Aufstellung der Erlöse gemäß § 4 Abs. 3 Satz 7 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG), die Prüfung der Verwendung der Mittel im Rahmen des Hygieneförderprogramms gemäß § 4 Abs. 11 KHEntgG und die Prüfung zum Ausbildungsbudget nach § 17a Abs. 7 KHG. Diese Prüfungen führten zu keinen Beanstandungen.

Für das Geschäftsjahr 2014 wurde ebenfalls wieder ein Konzernjahresabschluss vorgelegt. Gemäß § 290 HGB ist das Mutterunternehmen grundsätzlich zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB einer Pflichtprüfung unterliegt. Mit dem Konzernabschluss soll ein objektives Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des gesamten Konzerns gegeben werden. Dabei werden entsprechende Verflechtungen (innerkonzernliche Forderungen/Verbindlichkeiten, Erträge/Aufwendungen etc.) eliminiert. Der Konzernabschluss hat somit einen rein informativen Charakter. Mit der Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH zum 01.07.2009 war die Gesellschaft erstmals zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden ebenfalls durch die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

1. Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 1 zur Drucksache. Dort wird zusammengefasst die wirtschaftliche Lage und der Geschäftsverlauf der Gesellschaft dargestellt sowie die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen eingeschätzt.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

„Wir als Abschlussprüfer der Gesellschaft halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der künftigen Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Geschäftsführung für zutreffend.“

2. Analyse des Jahresabschlusses 2014 im Vergleich zum Vorjahr

2.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr von 120.041,9 Tsd. EUR auf insgesamt 128.766,8 Tsd. EUR. Die Erlöse aus den DRG-Fallpauschalen haben sich von 97.471,5 Tsd. EUR auf 104.030,8 Tsd. EUR erhöht. Im Geschäftsjahr 2014 wurden 29.719 Fälle (Vorjahr: 29.219) mit einem CMI von 1,123 (Vorjahr: 1,111) behandelt. Der jahresdurchschnittliche

Basisfallwert (inkl. Ausgleichs- und Berichtigungsbeträge für Vorjahre) erhöhte sich von 3.013,00 EUR im Vorjahr (bereinigt um Ausgleiche und Berichtigungen) auf 3.117,36 EUR im Berichtsjahr.

Die Erlöse aus Wahlleistungen in Höhe von 252,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 237,4 Tsd. EUR) beinhalten im Wesentlichen die Wahlarztleistungen und die Wahlleistungen Zimmer.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 202,8 Tsd. EUR auf 2.603,5 Tsd. EUR. Zu dieser Position gehören u. a. Erlöse aus Krankenhausambulanzen, Erlöse aus KV-Abrechnungen und Erlöse aus ambulanten Operationen.

Die Position Nutzungsentgelte der Ärzte hat sich gegenüber dem Vorjahr um 15,4 Tsd. EUR auf 351,8 Tsd. EUR erhöht. Hier erfolgt der Ausweis von Nutzungsentgelten, der Erstattungen der Ärzte für Gutachtertätigkeit und der übrigen Erlöse.

Im Berichtsjahr wird eine Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (-186,5 Tsd. EUR) ausgewiesen (Vorjahr: +442,7 Tsd. EUR).

Die Position Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10 in Höhe von 1.429,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.148,2 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Erstattungen für Notarzt und Rettungsdienst und Erstattungen der Sozialversicherungsträger zum Ausgleichsverfahren Mutterschutz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich geringfügig von 7.967,4 Tsd. EUR im Vorjahr auf 7.910,8 Tsd. EUR im Berichtsjahr. In dieser Position werden Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (4.317,9 Tsd. EUR), periodenfremde Erträge (1.610,4 Tsd. EUR), Erträge aus Erstattungen des Personals (309,5 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (1.673,0 Tsd. EUR) ausgewiesen. Zu den Erlösen aus Hilfs- und Nebenbetrieben gehören im Wesentlichen die Erstattungen aus Apothekenlieferungen für Dritte. Zu den periodenfremden Erträgen gehören u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen und Erträge aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre.

Der Personalaufwand beinhaltet im Berichtsjahr Aufwendungen für Gehälter in Höhe von 71.186,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 67.855,6 Tsd. EUR) sowie Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung in Höhe von 13.765,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.479,9 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr begründet sich mit der Erhöhung der beschäftigten Vollkräfte sowie mit Tarifsteigerungen für Mitarbeiter des ärztlichen Dienstes um ca. 2,2 %. Die durchschnittliche Anzahl der Vollkräfte erhöhte sich von 1.335,9 im Vorjahr auf 1.363,0 im Berichtsjahr.

Die Position Materialaufwand setzt sich zusammen aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 33.609,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 31.565,2 Tsd. EUR) und aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 4.204,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.106,3 Tsd. EUR). Zu den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gehören die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf (29.248,9 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Lebensmittel (1.122,8 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (2.533,7 Tsd. EUR) sowie die Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (704,4 Tsd. EUR).

In den Positionen 10 bis 14 der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Krankenhausbuchführungsverordnung der separate Ausweis von Fördermitteln und anderer öffentlicher Zuweisungen für Investitionen.

Die Position Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (Pos. 10) in Höhe von 19.216,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.405,2 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen die Erträge aus Zuwendungen Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz für die Baumaßnahme Haus C – Psychiatrie in Höhe von 17.793,0 Tsd. EUR. Des Weiteren werden pauschale Fördermittel nach § 9 Abs. 1 und 3 KHG in Höhe von 1.366,7 Tsd. EUR ausgewiesen.

In der Position Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (1.083,9

Tsd. EUR) werden entsprechende Erträge in Höhe der Abschreibungen auf förderfähige, jedoch mit Eigenmitteln vor Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) angeschaffte Anlagegüter gebucht. Damit erfolgte eine Neutralisierung der entsprechenden Abschreibungen und die Gewinn- und Verlustrechnung bleibt diesbezüglich erfolgsneutral.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Pos. 12) in Höhe von 4.456,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.779,9 Tsd. EUR) dient ebenfalls ausschließlich der Neutralisierung von Aufwendungen. Diese betreffen zum einen die entsprechenden Abschreibungen auf die Anlagegüter, die mit Fördermitteln und anderen Zuwendungen angeschafft wurden und zum anderen auch die Aufwendungen aus dem Abgang dieser mit Fördermitteln bzw. Zuwendungen finanzierten Anlagegüter.

In der Position 13 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (19.223,1 Tsd. EUR) werden Erträge durch Einbuchung von Aufwendungen ergebnisneutral gestellt. Das betrifft Aufwendungen für pauschale Zuweisungen bzw. Einzelfördermittel, für andere Zuwendungen, für entsprechende Verkaufserlöse aber auch für Zinserträge angelegter Fördermittel. Im Berichtsjahr betrifft die Erhöhung die erhaltenen Fördermittel gemäß Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz für die Baumaßnahme Haus C – Psychiatrie in Höhe von 17.793,0 Tsd. EUR.

In der Position 14 Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegütern erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 50,6 Tsd. EUR.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden im Berichtsjahr in Höhe von 7.232,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 7.375,2 Tsd. EUR) ausgewiesen. Durch die Auflösung der Sonderposten und durch die Einstellungen in die Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung bleiben die Abschreibungen für die Erfolgslage weitgehend neutral. Ergebniswirksam sind nur die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter und auf das Anlagevermögen, das mit Eigenmitteln nach dem 01.01.1991 finanziert wurde.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr auf 12.976,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 12.209,2 Tsd. EUR) und beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf (2.252,6 Tsd. EUR), für Instandhaltungen (3.558,2 Tsd. EUR), für Abgaben/Versicherungen (1.687,8 Tsd. EUR) und Wartungsaufwendungen (2.455,6 Tsd. EUR).

Es werden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 34,2 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 523,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 217,7 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Darlehens- und Bereitstellungszinsen.

In der Position 19 wird als Zwischenergebnis das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.146,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.592,0 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Steuern fielen in Höhe von 132,1 Tsd. EUR (Vorjahr: -104,1 Tsd. EUR) an.

Zum 31.12.2014 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.014,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.696,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

2.2 Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva

Insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr in der Position Anlagevermögen eine Verminderung von 131.765,4 Tsd. EUR auf 131.303,3 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgten im Berichtsjahr Zugänge in Höhe von 159,0 Tsd. EUR und Abschreibungen in Höhe von 262,3 Tsd. EUR. Per 31.12.2014 wird ein Restbuchwert in Höhe von 350,2 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden Investitionen in Höhe von 6.860,4 Tsd. EUR getätigt. Dabei entfallen 11,2 Tsd. EUR auf die Position *Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken*, 1.102,4 Tsd. EUR auf die Position *Einrichtungen und Ausstattungen* und 5.746,8 Tsd. EUR auf die Position *geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau*.

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten verringerte sich von 116.447,3 Tsd. EUR auf 112.595,2 Tsd. EUR. Die Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 11,2 Tsd. EUR betreffen Um- und Einbauten bei Gebäuden. Abschreibungen wurden in Höhe von 3.863,3 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position technische Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr von 1.635,1 Tsd. EUR auf 1.263,6 Tsd. EUR. Hier erfolgten lediglich Abschreibungen wurden in Höhe von 371,5 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position Einrichtungen und Ausstattungen verringerte sich im Berichtsjahr von 10.716,9 Tsd. EUR auf 9.076,7 Tsd. EUR. Hier erfolgten Zugänge für medizinisch-technische Anlagen und Geräte in Höhe von 1.102,4 Tsd. EUR. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres betreffen 2.240,7 Tsd. EUR.

Die Position geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 7.538,3 Tsd. EUR wird im Wesentlichen für die Investitionsmaßnahme Haus C (Neubau Psychiatrie) und Haus D (Ersatzbau Onkologie) ausgewiesen.

Unter den Finanzanlagen werden die Beteiligungen an den Tochtergesellschaften ausgewiesen. Dies betrifft die Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH mit 25,0 Tsd. EUR und die MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH mit 441,8 Tsd. EUR. Im Vorjahr erfolgte hier noch der Ausweis der Klinikum Magdeburg Leistungscooperations GmbH. Diese wurde rückwirkend zum 01.01.2014 auf die MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH verschmolzen.

Zum Bilanzstichtag erfolgt unter der Position Beteiligungen der Ausweis an der in 2014 gegründeten Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Magdeburg gemeinnützige GmbH, an der die Gesellschaft zu 50 % beteiligt ist.

Bei der Bilanzposition des Umlaufvermögens/Vorräte wird in der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.202,1 Tsd. EUR) im Wesentlichen der bevorratete medizinische Bedarf (1.125,7 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den unfertigen Leistungen erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 1.532,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.718,6 Tsd. EUR).

Bei der Position der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis von fünf Einzelpositionen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Einzelnen:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.207,7 Tsd. EUR
- Forderungen an den Gesellschafter	25,0 Tsd. EUR
- Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	12.457,9 Tsd. EUR
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2,4 Tsd. EUR
- Sonstige Vermögensgegenstände	210,9 Tsd. EUR

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 16.207,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 15.630,0 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Forderungen aus der stationären Leistungsabrechnung gegenüber Sozialleistungsträgern.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von 25,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 21,2 Tsd. EUR) betreffen Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 12.457,9 Tsd. EUR betreffen im Wesentlichen die Forderungen gem. Art 14 Abs. 1 Gesundheitsstrukturgesetz basierend auf dem Zuwendungsbescheid des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung der Baumaßnahme Haus C – Psychiatrie in Höhe von insgesamt 17.793,0 Tsd. EUR. Des Weiteren beinhaltet diese Position Forderungen nach dem Bundespflegegesetz und nach dem Krankenhausentgeltgesetz.

Im Berichtsjahr wird eine Forderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 2,4 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden in Höhe von 210,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 203,1 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen debitorische Kreditoren, Forderungen gegenüber dem Finanzamt und Forderungen gegenüber Mitarbeitern.

Beim Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Stichtag liquide Mittel in Höhe von insgesamt 11.259,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.818,0 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Des Weiteren erfolgt auf der Aktivseite der Bilanz der Ausweis eines Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung gemäß § 5 Abs. 5 Krankenhausbuchführungsverordnung. Dieser Posten muss in Höhe der Abschreibungen auf Anlagegüter gebildet werden, die vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) mit Eigenmitteln angeschafft wurden. Er hat den Charakter einer Bilanzierungshilfe und ist der Gegenposten zur Ertragsbuchung gemäß Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgte hier wieder die Einstellung der Mittel in Höhe der Abschreibungen mit 1.083,9 Tsd. EUR und damit eine Erhöhung zum Bilanzstichtag auf 34.372,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 33.288,6 Tsd. EUR).

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wird in Höhe von 373,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 364,5 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft hauptsächlich Vorauszahlungen für das Jahr 2014.

Passiva

Im Eigenkapital wird unverändert ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 500,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Kapitalrücklage wird zum 31.12.2014 ebenfalls in unveränderter Höhe von 62.135,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag erfolgt der Ausweis von Gewinnrücklagen in Höhe von 22.403,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 20.707,8 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahresstichtag ergibt sich aus der Zuführung des Jahresüberschusses 2013 in Höhe von 1.696,1 Tsd. EUR.

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.014,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.696,1 Tsd. EUR) ab.

Beim Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden unterschiedliche Posten gebildet, die sich nach dem Fördermittelgeber richten.

Beim Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG werden Mittel in Höhe von 59.231,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 61.664,5 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hier handelt es sich um passivierte Fördermittel für finanzierte Anlagegüter gemäß § 9 Abs. 1 und 3 Krankenhausgesetz (KHG), die gemäß § 5

Abs. 3 KHG in Höhe der entsprechenden Abschreibungen wieder aufgelöst werden. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Unter dem Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgt separat der Ausweis für andere Einzelfördermittel der öffentlichen Hand, die somit nicht nach dem KHG gezahlt wurden. Die Behandlung dieses Passivpostens erfolgt in analoger Weise zur vorherigen Position. Die Auflösung erfolgt in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum 31.12.2014 beträgt der Stand 30.395,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 26.102,4 Tsd. EUR). Im Geschäftsjahr betreffen Zugänge in Höhe von 5.417,1 Tsd. EUR die zweckentsprechend verwendeten Mittel für die Baumaßnahme Haus C – Psychiatrie.

Des Weiteren erfolgt der Ausweis des Sonderpostens aus Zuwendungen Dritter, der zum Bilanzstichtag 69,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 65,2 Tsd. EUR) beträgt. Hier erfolgt ebenfalls die Auflösung in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung dieser Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Rückstellungen verminderten sich im Berichtsjahr von 6.586,8 Tsd. EUR auf 6.299,7 Tsd. EUR. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

<u>Werte in Tsd. EUR</u>	<u>2014</u>
Steuerrückstellungen	79,0
Personalarückstellungen	3.716,4
Ausstehende Eingangsrechnungen	755,3
Risikoabschlag laufende MDK-Prüfungen	1.390,0
Archivierungskosten	161,3
Prozesskosten	105,0
übrige Rückstellungen	<u>92,7</u>
	6.299,7
	=====

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft erhöhten sich zum 31.12.2014 insgesamt von 10.070,6 Tsd. EUR auf 24.892,8 Tsd. EUR.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden zum Bilanzstichtag fünf Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft AG in Höhe von insgesamt 5.090,3 Tsd. EUR ausgewiesen.

Unter den erhaltenen Anzahlungen werden zwei Anzahlungen von Privatpatienten (6,3 Tsd. EUR) für stationäre Behandlungen ausgewiesen, die in 2015 erfolgte.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (2.714,4 Tsd. EUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 123,4 Tsd. EUR vermindert und betreffen Verbindlichkeiten gegenüber diversen Lieferanten.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 1.680,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 660,9 Tsd. EUR) umfassen bewilligte und noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel sowie Ausgleichsverpflichtungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz und der Bundespflegesatzverordnung.

Bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 12.385,6 Tsd. EUR handelt es sich ebenfalls um noch nicht verwendete Zuwendungen sonstiger Zuwendungsgeber. Hier erfolgt der Ausweis der bewilligten Mittel gem. Art. 14

Gesundheitsstrukturgesetz für das Bauprojekt Haus C – Psychiatrie in Höhe von 17.793,0 Tsd. EUR abzüglich der bereits zweckentsprechend verwendeten Mittel in Höhe von 5.417,1 Tsd. EUR.

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 1,5 Tsd. EUR besteht gegenüber der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH.

In Höhe von 1,0 Tsd. EUR wird in der Position Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht eine Verbindlichkeit gegenüber der Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Magdeburg gemeinnützige GmbH ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in Höhe von 3.012,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.612,9 Tsd. EUR) ausgewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag, aus Investitionszuschlägen, aus zweckgebundenen Zuwendungen und Drittmitteln sowie Verbindlichkeiten gegenüber Chefarzten.

Es wird ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 4,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 9,5 Tsd. EUR) ausgewiesen.

3. Konzernjahresabschluss 2014

In den Konsolidierungskreis wurden die Jahresabschlüsse der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Muttergesellschaft) sowie der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH und der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH als 100%-ige Tochterunternehmen aufgenommen. Eine Einbeziehung der Klinikum Magdeburg Leistungskooperations GmbH in den Konzernabschluss ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht erfolgt.

Die Konsolidierung erfolgte nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung. Die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH 2014 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Konzernabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.865.527,76 EUR aus.

4. Zusammenfassung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss in seiner Sitzung am 29.04.2015 gebilligt und empfiehlt der Gesellschafterversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, versehenen Jahresabschluss 2014 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 208.947.645,94 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.014.418,94 EUR fest.
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt, den Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 3.014.418,94 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 301.441,89 EUR auf die freie Rücklage und 2.712.977,05 EUR auf die Betriebsmittelrücklage.
3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung.
4. Die Gesellschafterversammlung bestellt die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH und deren Tochtergesellschaften.

Der Aufsichtsrat hat ebenfalls in seiner Sitzung am 29.04.2015 den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr

2014 zustimmend zur Kenntnis genommen und empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung.

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Empfehlungen des Aufsichtsrates an. Die vorgeschlagene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft würde dann zum 3. Mal hintereinander als Abschlussprüfer tätig werden.

Das Prüfungsergebnis 2014 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Lagebeurteilung der Gesellschaft, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlagen beigefügt. In der Anlage 7 sind die entsprechenden Unterlagen des Konzernabschlusses beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

Anlagen:

1. Lagebeurteilung
2. Bilanz
3. Gewinn- u. Verlustrechnung
4. Bestätigungsvermerk
5. Lagebericht
6. Beschlussvorlage AR 29.04.2015
7. Konzernunterlagen